

**Bundesgesetz vom 31. Mai 1967 über die
Kranken- und Unfallversicherung öffentlich Bediensteter
(Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz – B-KUVG)**

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

ABSCHNITT I

Umfang der Versicherung

Versicherungspflicht in der Kranken- und Unfallversicherung

§ 1. (1) In der Kranken- und Unfallversicherung sind, sofern nicht eine Ausnahme nach den §§ 2 oder 3 gegeben ist, versichert:

1. die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund, einem Bundesland, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde stehenden Dienstnehmer, soweit nicht nach ihren dienstrechtlichen Vorschriften der Entfall ihrer Dienstbezüge wegen Übernahme einer Funktion nach dem Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, oder einem bezugerechtlichen Landesgesetz oder als Mitglied der Kommission der Europäischen Union oder wegen Ernennung zum Mitglied des Verfassungsgerichtshofes vorgesehen ist;
2. die Dienstnehmer von öffentlichen Fonds, Stiftungen, Anstalten und Betrieben, die von einer der in Z 1 angeführten Körperschaften verwaltet werden, ferner die Dienstnehmer des Dorotheums, alle diese, wenn
 - a) sie in einem öffentlich-rechtlichen oder in einem unkündbaren privatrechtlichen Dienstverhältnis oder im Vorbereitungsdienst für ein unkündbares privatrechtliches Dienstverhältnis stehen, der bei Erfüllung der vorgeschriebenen Voraussetzungen den Anspruch auf Übernahme in das unkündbare Dienstverhältnis begründet, und
 - b) ihnen aus diesem Dienstverhältnis die Anwartschaft auf Ruhe(Versorgungs)bezüge – im Falle des Vorbereitungsdienstes spätestens mit Ablauf dieses Dienstes – zusteht;
3. die Dienstnehmer, auf deren Dienstverhältnis das Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, Anwendung findet;
4. die Dienstnehmer, denen auf Grund ihres Dienstverhältnisses zur Österreichischen Nationalbank ausschließlich gegen diese Anwartschaftsrechte auf Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung (Pension) zustehen;
5. die unkündbaren Dienstnehmer der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau;
6. die Versicherungsvertreter in den Verwaltungskörpern der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau;

7. solange sie ihren Wohnsitz im Inland haben,
 - a) Personen, die auf Grund eines der in Z 1 bis 5 bezeichneten Dienstverhältnisse einen Ruhe- oder Versorgungsbezug, einen Übergangsbeitrag, ein Versorgungsgeld oder einen Unterhaltsbezug im Sinne der Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340/1965, oder gleichartiger Bestimmungen erhalten,
 - b) Personen, die von einem der in Z 1 bis 5 genannten Dienstgeber einen außerordentlichen Versorgungsgenuß beziehen;
8. die Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und die von Österreich entsandten Mitglieder des Europäischen Parlaments;
9. der Bundespräsident, die Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretäre, der Präsident sowie der Vizepräsident des Rechnungshofes und die Mitglieder der Volksanwaltschaft;
10. a) die Mitglieder der Landtage und der Landesregierungen, die Landesrechnungshofdirektoren und ihre Stellvertreter sowie
b) die Bürgermeister/Bürgermeisterinnen und die übrigen Mitglieder der Gemeindevertretungen sowie die Ortsvorsteher/-vorsteherinnen (Ortsvertreter/-vertreterinnen), sofern sie nicht Mitglieder der Gemeindevertretung sind sowie die Bezirksvorsteher/-vorsteherinnen und die Bezirksräte und Bezirksrätinnen;
11. der Präsident, der Vizepräsident und die übrigen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes;
12. Personen, die auf Grund einer der in Z 8 bis 11 angeführten Funktionen einen Ruhe(Versorgungs)bezug, eine laufende Zuwendung oder nach landesgesetzlicher Regelung einen außerordentlichen Versorgungsgenuß beziehen, solange sie ihren Wohnsitz im Inland haben;
13. die ehrenamtlich tätigen Bewährungshelfer/innen im Sinne des Bewährungshilfegesetzes, BGBl. Nr. 146/1969, sowie die ehrenamtlich tätigen gerichtlichen Erwachsenenvertreter/innen im Sinne des Bundesgesetzes über Erwachsenenschutzvereine (Erwachsenenschutzvereinsgesetz – ErwSchVG), BGBl. Nr. 156/1990;
14. a) die Arbeiter des Bundes, die der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen sind und
b) Personen, die Anspruch auf eine Pensionsleistung nach der Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967, BGBl. Nr. 5/1968, haben;
15. Mitglieder der Vollzugskommissionen nach § 18 des Strafvollzugsgesetzes, BGBl. Nr. 144/1969;
16. der Amtsführende Präsident eines Landesschulrates oder des Stadtschulrates für Wien.
17. a) Bedienstete des Bundes,
 - aa) deren Dienstverhältnis nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, nach Ablauf des 31. Dezember 1998 begründet wird oder

- bb) auf deren öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis nach § 136b Abs. 4 BDG 1979 die für Vertragsbedienstete des Bundes geltenden besoldungs- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften anzuwenden sind;
- b) Bedienstete der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden,
 - aa) deren Dienstverhältnis auf einer dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 gleichartigen landesgesetzlichen Regelung beruht und nach Ablauf des 31. Dezember 2000 begründet wird oder
 - bb) auf deren öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis nach einer dem § 136b Abs. 4 BDG 1979 gleichartigen landesgesetzlichen Regelung die für Vertragsbedienstete geltenden besoldungs- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften anzuwenden sind;
 - cc) deren Dienstverhältnis auf dem Landesvertragslehrpersonen-gesetz 1966 (LVG), BGBl. Nr. 172/1966, oder Land- und forstwirtschaftlichen Landesvertragslehrpersonengesetz (LLVG), BGBl. Nr. 244/1969, beruht und nach Ablauf des 31. Dezember 2000 begründet wird;
- 18. Personen, die ihren Wohnsitz im Inland haben und
 - a) eine Pension nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, beziehen oder
 - b) Übergangsgeld nach § 306 ASVG beziehen, ohne dass die Pension nach § 86 Abs. 3 Z 2 letzter Satz ASVG angefallen ist, und die auch nicht nach § 4 Abs. 1 Z 8 ASVG versichert sind,
wenn sie auf Grund ihrer letzten Beschäftigung vor dem Anfall der Pension oder vor dem Tag, ab dem das Übergangsgeld gebührt, nach Z 17, 19, 21, 22, 23 oder 39 in der Krankenversicherung pflichtversichert waren;
- 19. Wissenschaftliche (Künstlerische) MitarbeiterInnen (in Ausbildung) nach § 6 des Bundesgesetzes über die Abgeltung von wissenschaftlichen und künstlerischen Tätigkeiten an Universitäten und Universitäten der Künste, BGBl. Nr. 463/1974;
- 20. BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG), BGBl. I Nr. 103/2001, wenn nach § 28 KBGG die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau zuständig ist;
- 21. ArbeitnehmerInnen der Universitäten nach dem Universitätsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 120/2002;
- 22. Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau, soweit sie nicht schon nach Z 5 versichert sind;
- 23. die zur Fremdsprachenassistenten nach § 3a des Lehrbeauftragtengesetzes, BGBl. Nr. 656/1987, bestellten Personen;

24. Bezieher von Familienzeitbonus nach dem Familienzeitbonusgesetz (FamZeitbG), BGBl. I Nr. 53/2016, wenn nach § 4 FamZeitbG die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau zuständig ist;
25. die bei Eisenbahnen im Sinne des 1. Teiles des Eisenbahngesetzes 1957, BGBl. Nr. 60, Beschäftigten, soweit diese Eisenbahnen – unabhängig von der Rechtsform des Betriebes bzw. Unternehmens – dem öffentlichen Verkehr dienen und Personen oder Sachgüter befördern;
26. Beschäftigte von Schlaf- und Speisewagenbetrieben;
27. Beschäftigte in einem Betrieb, an dem ein Unternehmen im Sinne der Z 25 oder Z 26 zu mehr als 25% beteiligt ist oder auf maßgebliche Aufgaben der Geschäftsführung wesentlichen Einfluss hat, und zwar unabhängig von der Rechtsform dieses Betriebes; umfasst sind sowohl Eigenbetriebe als auch solche Hilfseinrichtungen, die dem Bau, Betrieb und Verkehr dienen und in einer organisatorischen oder rechtlichen sowie funktionalen Verbindung zum Eisenbahnunternehmen stehen;
28. am 31. Dezember 2003 bei den Österreichischen Bundesbahnen beschäftigte Dienstnehmer/innen, auch wenn ihre Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2003 infolge eines (auch mehrmaligen) Betriebsüberganges auf ein anderes Unternehmen übergehen oder solange sie bei einem der in Art. I des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 genannten Unternehmen oder einer Rechtsnachfolgerin eines dieser Unternehmen oder bei einem Unternehmen, das durch Maßnahmen der Umgründung im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechts aus einer der Gesellschaften hervorgegangen ist, beschäftigt sind;
29. Bezieher/innen einer Pension aus einer Pensionsversicherung nach dem ASVG, wenn die Pension von der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau ausgezahlt wird, sowie für jene Personen, denen von der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau ein Rehabilitationsgeld zuerkannt wird und für Bezieher/innen einer laufenden Geldleistung aus der zusätzlichen Pensionsversicherung bei einem der im § 479 ASVG genannten Institute;
30. Bezieher/innen einer Pension aus der Pensionsversicherung der Angestellten, wenn die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau auf Grund der letzten Beschäftigung vor dem Entstehen des Pensionsanspruches nach Z 25 bis 28, 31 oder 32 für die Krankenversicherung zuständig war oder gewesen wäre, sowie jene Personen, denen auf Grund vorübergehender Berufsunfähigkeit ein Rehabilitationsgeld von der Pensionsversicherungsanstalt zuerkannt wird, wenn die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau für die Krankenversicherung in der letzten Be-

- schäftigung vor dem Entstehen des Rehabilitationsgeldanspruches zu-
ständig war oder gewesen wäre;
31. Beschäftigte in knappschaftlichen Betrieben nach § 15 Abs. 2 und 3 ASVG;
32. Personen, die nach § 15 Abs. 4 ASVG der knappschaftlichen Pensions-
versicherung angehören;
33. Beschäftigte jener Betriebe, für deren Beschäftigte die Betriebskran-
kenkasse Pengg am 31. Dezember 2001 die Pflichtversicherung in der
Krankenversicherung durchgeführt hat;
34. am 31. Dezember 2003 bei den Österreichischen Bundesbahnen be-
schäftigte
- a) Dienstnehmer/innen mit Anwartschaft auf Ruhe- und Versorgungs-
genuss nach dem Bundesbahn-Pensionsgesetz, BGBl. I Nr. 86/2001,
 - b) Dienstnehmer/innen, denen von den Österreichischen Bundesbah-
nen ein besonderer Kündigungsschutz gewährt wurde, auch wenn
ihre Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2003 infolge eines
(auch mehrmaligen) Betriebsüberganges auf ein anderes Unterneh-
men übergehen oder solange sie bei einem der in Art. I des Bundes-
bahnstrukturgesetzes 2003 genannten Unternehmen, einer Rechts-
nachfolgerin eines dieser Unternehmen oder einem Unternehmen,
das durch Maßnahmen der Umgründung im Rahmen des bestehen-
den Gesellschaftsrechts aus einer der Gesellschaften hervorgegan-
gen ist, beschäftigt sind, sowie
 - c) Personen, die von den Österreichischen Bundesbahnen, einem der
in Art. I des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 genannten Unter-
nehmen, einer Rechtsnachfolgerin eines dieser Unternehmen oder
einem Unternehmen, das durch Maßnahmen der Umgründung im
Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechts aus einer der Gesell-
schaften hervorgegangen ist, eine Pensionsleistung nach dem Bun-
desbahn-Pensionsgesetz oder eine gleichartige Pensionsleistung
erhalten;
35. die am 31. Dezember 2003 bei den Österreichischen Bundesbahnen
beschäftigten Sondervertragsangestellten, die im Erkrankungsfall
Anspruch auf Weiterzahlung ihrer Dienstbezüge durch mindestens
sechs Monate haben und denen aus ihrem Dienstverhältnis die
Anwartschaft auf eine Pensionsleistung zusteht, auch wenn ihre
Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2003 infolge eines (auch
mehrmaligen) Betriebsüberganges auf ein anderes Unternehmen
übergehen oder solange sie bei einem der in Art. I des Bundesbahn-
strukturgesetzes 2003 genannten Unternehmen, einer Rechtsnachfol-
gerin eines dieser Unternehmen oder einem Unternehmen, das durch
Maßnahmen der Umgründung im Rahmen des bestehenden Gesell-
schaftsrechts aus einer der Gesellschaften hervorgegangen ist, be-
schäftigt sind;

36. Personen, die am 31. Dezember 2003 einen außerordentlichen Versorgungsgenuss von den Österreichischen Bundesbahnen bezogen haben, solange sie von den Österreichischen Bundesbahnen, einem der in Art. I des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 genannten Unternehmen, einer Rechtsnachfolgerin eines dieser Unternehmen oder einem Unternehmen, das durch Maßnahmen der Umgründung im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechts aus einer der Gesellschaften hervorgegangen ist, einen außerordentlichen Versorgungsgenuss beziehen;
37. die Bediensteten der WIENER LINIEN GmbH & Co KG sowie die dieser Gesellschaft zur Dienstleistung zugewiesenen, in einem bis 31. Dezember 2000 durch Vertrag begründeten Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien stehenden Beschäftigten;
38. die in einem Lehrverhältnis stehenden Personen (Lehrlinge), sofern sie als Dienstnehmer der Pflichtversicherung nach diesem Bundesgesetz unterliegen würden;
39. die Arbeitnehmer/innen nach dem GeoSphere Austria-Gesetz (GSAG), BGBl. I Nr. 60/2022.

(2) Die Unfallversicherung erstreckt sich bei Personen

1. nach Abs. 1 Z 1 bis 5, 17, 22, 25 bis 28, 31 bis 33, 34 lit. a und b, 35, 37 und 39 auf ihr Dienstverhältnis zu den dort bezeichneten Dienstgebern,
2. nach Abs. 1 Z 6, 8 bis 11, 13, 15, 19 und 23 auf die Tätigkeiten, die sie auf Grund der dort bezeichneten Funktionen ausüben,
3. nach Abs. 1 Z 14 lit. a auf ihre Dienstleistung bei dem dort bezeichneten Betrieb und
4. nach Abs. 1 Z 21 auf ihr Arbeitsverhältnis zur Universität;
5. nach Abs. 1 Z 38 auf ihr Lehrverhältnis.

(3) Durch das Ruhen der in Abs. 1 Z 7, 14 lit. b und 18 angeführten Pensionsleistungen bzw. durch das Ruhen des Übergangsgeldes gemäß Abs. 1 Z 18 lit. b wird die Versicherung in der Krankenversicherung nicht berührt.

(4) Der Wohnsitz in Grenzorten der benachbarten Staaten ist dem Wohnsitz im Inland gleichzuhalten. Als Grenzort gilt ein im Ausland gelegener Ort, wenn die Ortsgrenze von der österreichischen Staatsgrenze nicht mehr als zehn Kilometer in der Luftlinie entfernt ist.

(4a) Der Wohnsitz eines Ruhegenussempfängers nach § 1 Abs. 1 Z 36 im Ausland ist dem Wohnsitz im Inland gleichzusetzen, wenn er mit einer früheren Verwendung des Versicherten auf Anschlussstrecken oder in Grenzbahnhöfen des Auslandes in Zusammenhang steht; das gleiche gilt auch für Empfänger von Versorgungsgenüssen, Unterhaltsbeiträgen und gleichartigen Leistungen, wenn der Wohnort im Ausland mit einer frühe-

ren Verwendung jener Personen, von denen der Versorgungsgenuss, der Unterhaltsbeitrag oder die gleichartige Leistung abgeleitet wird, auf Anschlussstrecken oder Grenzbahnhöfen des Auslandes in Zusammenhang steht.

(5) § 1 Abs. 1 Z 24 ist nicht auf Personen anzuwenden, deren Pflichtversicherung nach § 7 Abs. 2 Z 2 weiter besteht.

(6) Den Dienstnehmern im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Personen gleichgestellt, die sich auf Grund freier Dienstverträge auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zur Erbringung von Dienstleistungen verpflichten, wenn sie aus dieser Tätigkeit ein Entgelt beziehen, die Dienstleistungen im Wesentlichen persönlich erbringen und über keine wesentlichen eigenen Betriebsmittel verfügen; es sei denn,

1. dass sie auf Grund dieser Tätigkeit bereits nach § 2 Abs. 1 Z 1 bis 3 GSVG oder § 2 Abs. 1 BSVG oder nach § 2 Abs. 1 und 2 FSVG versichert sind oder
2. dass es sich bei dieser Tätigkeit um eine (Neben-)Tätigkeit nach § 19 Abs. 1 Z 1 lit. f handelt oder
3. dass eine selbständige Tätigkeit, die die Zugehörigkeit zu einer der Kammern der freien Berufe begründet, ausgeübt wird oder
4. dass es sich um eine Tätigkeit als Kunstschaffender, insbesondere als Künstler im Sinne des § 2 Abs. 1 des Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetzes, handelt.

Anmerkungen

1) Zum „alten“ Versichertenkreis (ehemalige BVA) zählen va Beamte, neue Vertragsbedienstete und öffentliche Funktionäre (Mandatare). Zum „neuen“ Versichertenkreis (ehemalige VAEB) siehe Anm 4.

2) Im Ministerratsvortrag ist der **Zusammenschluss** der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) mit der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) **zu einem Dreipartenträger** vorgesehen. Wie schon bisher erfolgt die Zuordnung zu einem Versicherungsträger auf Grund verschiedener Anknüpfungspunkte, wobei jeweils der eine oder andere Anknüpfungspunkt überwiegt. Für die **Zuordnung der Versichertengruppen** ist im Fall der BVAEB entscheidend, zu welchem **Dienstgeber** ein (öffentlich-rechtliches oder privatrechtliches) Dienstverhältnis besteht. Bei der BVAEB versichert sind all jene **unselbständig Beschäftigten**, die ein **Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft** haben, bei einem Unternehmen tätig sind, das **in der Vergangenheit ein Staatsbetrieb** war, oder ein Dienstverhältnis zu einem Unternehmen haben, das Tätigkeiten ausführt, die in der Vergangenheit üblicherweise ein Staatsbetrieb ausgeführt hat (zB **Schieneverkehrsunternehmen**), kann es doch für die Zuordnung keinen Unter-

schied machen, ob eine Tätigkeit für einen **früheren Staatsbetrieb** ausgeübt wird oder für ein später gegründetes privates Unternehmen. Zu beachten ist auch, dass ein erheblicher Teil der derzeit bei der VAEB Versicherten in einem **öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis** steht und somit **Gemeinsamkeiten** mit Personen bestehen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft stehen. Auch für Bedienstete von Unternehmen, die in einem Bereich tätig sind, der mit den hier erfassten früheren Staatsbetrieben eng verknüpft ist (zB **Betrieb von Speisewagen**), ist die Zuordnung zum selben SV-Träger konsequent.

Entsprechend dieser Vorgaben wurden folgende Maßnahmen getroffen:

- **Übertragung des bislang bei der VAEB** in der KV und UV **versicherten Personenkreises** inklusive freier Dienstnehmer und Lehrlinge in das B-KUVG unter Mitaufnahme der im öffentlichen Dienst beschäftigten freien Dienstnehmer und Lehrlinge;
- **Übertragung der bisher bei der Betriebskrankenkasse der Wiener Verkehrsbetriebe** krankenversicherten Personen in das B-KUVG (RV 329 BlgNR 26. GP 4 f zum SV-OG).

3) **Zu Abs 1 Z 6:** Erweiterung des Kreises der bislang dem UV-Schutz nach dem B-KUVG unterstehenden **Versicherungsvertreter** in den Verwaltungskörpern der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter auf die Versicherungsvertreter in den Verwaltungskörpern der neuen Versicherungsanstalt sowie Entfall der Beiratsmitglieder (RV 329 BlgNR 26. GP 26 zum SV-OG).

4) Entsprechend der politischen Vorgaben werden die **bislang bei der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau versicherten Personen in das B-KUVG übertragen.**

Die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau war bislang zuständig für

1. a) die Durchführung der **KV** für Bergarbeiter, Privatbahnbedienstete, Bedienstete der Seilbahnen, Eisenbahnbedienstete, VAEB-Bedienstete sowie für die Pensionisten (= sogenannte **Abteilung „A“**);
- b) die Durchführung der **KV** nach dem B-KUVG für **Beamte der ÖBB** (= „Pragmatisierte“), diesen gleichgestellte Personen (zB Bedienstete der VAEB) sowie für Ruhegenussbezieher (= sogenannte **Abteilung „B“**);
2. die Durchführung der **UV** nach dem ASVG für **Eisenbahnbedienstete** (Privatbahnbedienstete, Bedienstete der Seilbahnen, ÖBB-Bedienstete, VAEB-Bedienstete); die **Bergarbeiter** waren bislang bei der AUVA unfallversichert.
3. a) die Durchführung der **PV** für in der KV der VAEB zugehörige Versicherte, die sich in keinem pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis befinden und
- b) die Durchführung der **knappschaftlichen PV.**

Die **Bediensteten der Wiener Linien** waren bislang

1. in der **KV** versichert:
 - a) bei der **KFA**: die rechtskundigen Beamten, Techniker, Verwaltungs- und Kanzleibeamte, Ärzte;
 - b) bei der **BKK**: alle sonstigen Beamten, Vertragsbedienstete und Kollektivvertragsbedienstete;
2. in der **UV** versichert bei der VAEB;
3. in der **PV** versichert
 - a) bei der VAEB: § 29 Z 2 lit a ASVG;
 - b) Beamte: Pensionsvorsorge der Stadt Wien.

Nunmehr erfolgt die **Übertragung** dieser bislang im Bereich der KV und UV vom ASVG erfassten Personenkreise **in das B-KUVG**. Die bisher im ASVG normierten Zuständigkeiten der VAEB im Bereich der KV und UV wurden im ASVG aufgehoben (§§ 23 bis 29 ASVG).

Für den Bereich der **PV**, die nach wie vor **im ASVG verbleibt**, wird eine **Teilversicherung** in der PV geschaffen (§ 7 Z 4 lit d sowie lit f bis o ASVG) und die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau als Träger der PV nach dem ASVG verankert (§ 25 ASVG; RV 329 BlgNR 26. GP 26 zum SV-OG).

Die nachstehende Tabelle schlüsselt die neue Verortung der aus dem ASVG übertragenen Versichertengruppen im B-KUVG auf (RV 329 BlgNR 26. GP 27 f zum SV-OG):

§ 26 Abs 1 Z 4 lit a ASVG	§ 1 Abs 1 Z 25 B-KUVG (KV und UV)
§ 26 Abs 1 Z 4 lit b ASVG	§ 1 Abs 1 Z 26 B-KUVG (KV und UV)
§ 26 Abs 1 Z 4 lit c ASVG	§ 1 Abs 1 Z 27 B-KUVG (KV und UV)
§ 26 Abs 1 Z 4 lit d ASVG	§ 1 Abs 1 Z 28 B-KUVG (KV und UV)
§ 26 Abs 1 Z 4 lit e ASVG	gehen auf in § 1 Abs 1 Z 5 (für die unkündbaren Beschäftigten) sowie Z 22 (für alle anderen Beschäftigten)
§ 26 Abs 1 Z 4 lit f ASVG	§ 1 Abs 1 Z 29 B-KUVG
§ 26 Abs 1 Z 4 lit g ASVG	§ 1 Abs 1 Z 30 B-KUVG
§ 26 Abs 1 Z 4 lit h ASVG	Für Präsenzdiener ist im B-KUVG kein eigener Versicherungstatbestand erforderlich, da die Versicherung hier im Gegensatz zum ASVG nicht mit Ende des Entgeltsanspruches, sondern mit Ende des Beschäftigungsverhältnisses endet. Damit fließen zwar keine Beiträge, das Versicherungsverhältnis bleibt jedoch aufrecht. Angehörige der Präsenzdiener sind nach dem ASVG versichert.
§ 26 Abs 1 Z 4 lit i ASVG	§ 1 Abs 1 Z 31 B-KUVG (KV und UV)

§ 26 Abs 1 Z 4 lit j ASVG	§ 1 Abs 1 Z 32 B-KUVG (KV und UV)
§ 26 Abs 1 Z 4 lit k ASVG	Treffen eigener Regelungen für Sonderunterstützungsbezieher im Bereich der im SUG enthaltenen Regelungen über die KV für Sonderunterstützungsbezieher
§ 26 Abs 1 Z 4 lit l ASVG	§ 1 Abs 1 Z 33 B-KUVG (KV und UV)
§ 474 Abs 1 Z 1 erster bis dritter Teilstich ASVG	§ 1 Abs 1 Z 34 lit a bis c B-KUVG (KV und UV für lit a und b)
§ 474 Abs 1 Z 2 ASVG	§ 1 Abs 1 Z 35 B-KUVG (KV und UV)
§ 474 Abs 1 Z 3 ASVG	§ 1 Abs 1 Z 36 B-KUVG
§ 26 Abs 1 Z 3 ASVG	§ 1 Abs 1 Z 37 B-KUVG; die bislang im § 479a Abs 1 Z 1 ASVG Genannten unterliegen der KV in der KFA Wien (KV und UV)
Die bislang im § 4 Abs 1 Z 2 ASVG mit erfassten, bei der VAEB versicherten Lehrlinge sowie die ebenfalls bislang vom § 4 Abs 1 Z 2 ASVG erfassten Lehrlinge im öffentlichen Dienst	§ 1 Abs 1 Z 38 B-KUVG
Die bislang im § 4 Abs 4 mit erfassten und bislang bei der VAEB versicherten freien Dienstnehmer sowie die im öffentlichen Dienst beschäftigten freien Dienstnehmer	§ 1 Abs 6 B-KUVG

5) **Zu Abs 4a:** Erweiterung der Bestimmung über den **Wohnsitz im Inland** durch Übernahme der vormalig im § 472 Abs 2 Z 1 ASVG normierten Regelung (RV 329 BlgNR 26. GP 29 zum SV-OG).

Entscheidungen

I. Allgemeines

1) Bei der **gleichzeitigen Beschäftigung als Beamter und als „neuer Selbständiger“** iSd § 2 Abs 1 Z 4 GSVG gilt der Grundsatz der **Mehrfachversicherung** in der KV. Der Versicherte muss deshalb SV-Beiträge in der KV für jede seiner beiden Tätigkeiten bezahlen (wobei aber bei der Bemessung insb § 35b GSVG zu beachten ist; vgl zur Rückerstattung bei Überschreiten der Höchstbeitragsgrundlage auch § 36 GSVG). Da ein Beamter keiner PV, sondern einer eigenen Pensionsversorgung unterliegt, ist neben dem Pensionsbeitrag zusätzlich auch der PV-Beitrag nach GSVG bis zur Höchstbeitragsgrundlage zu entrichten, wofür dann auch zwei Pensionen zustehen, sofern die jeweiligen Voraussetzungen dafür erfüllt sind (vgl VwGH 29.3.2006, 2003/08/0160). Zur UV-Pflicht nach dem ASVG neben einer solchen nach dem BKUVG vgl VwGH 30.11.1993, 92/08/0222; bedenklich könnte eine solche Mehrfachversicherung nur dann sein, wenn sie tatsächlich aus nur einer einzigen Beschäfti-